

Stadtbild ab heute wahlkampffrei

Frist für Beseitigung der Werbemittel läuft ab – Ärger über Plakate am Wahllokal



Klaus und Sarah Göldner von der FLU hatten schon direkt nach der Wahl damit begonnen, die ersten Plakate einzusammeln. Heute läuft für alle Parteien die Frist ab.

Knapp eine Woche nach dem Urnengang sollten nun auch die letzten Spuren des Wahlkampfes aus dem Stadtbild verschwinden. Die Stadt räumt allen Parteien eine gewisse Frist ein, um ihre Werbemittel wieder einzusammeln oder sie mit einem „Danke“-Zusatz zu versehen. Heute läuft diese Frist ab. Viele Plakate waren schon gestern nicht mehr zu sehen. Allerdings finden sich an etlichen Bäumen noch Kabelbinder.

Das Thema des regelkonformen Plakatierens beschäftigt die Stadt allerdings auch über den Wahlkampf hinaus. So stellt ein Bürger die Rechtmäßigkeit der Wahl im Stimmbezirk Osterfeldschule infrage. Dort hätten am Wahltag Plakate direkt auf dem Schulhof gehangen, was eine unzulässige Beein-

flussung des Wählers darstelle. Die Stadt prüft den Sachverhalt, kann aber zumindest in Bezug auf die Kommunalwahl Entwarnung geben: Es seien Plakate aus dem Europa- und dem Landratswahlkampf gewesen.

Am Wahllokal im Stadtteilzentrum Süd fanden dagegen Parteien Grund, sich zu beschweren. Namentlich Michael Hoffmann von der SPD und Klaus Göldner von der Liste FW/FLU beschwerten sich darüber, dass die Wahlvorstände zu eifrig dabei gewesen seien, Plakate abzuhängen, die zehn Meter vom Eingang der Begegnungsstätte angebracht waren. Eine Parteienpräferenz war dabei allerdings nicht zu erkennen, räumen sie ein. Bürgermeister Werner Kolter verspricht auch für diesen Fall eine Prüfung und

gegebenenfalls für die nächste Wahl eine präzisere Schulung für Wahlvorstände. Sie müssen darauf achten, dass es im, am oder im direkten Eingangsbereich zum Wahllokal keine Wahlwerbung mehr gibt. Da es keine klaren gesetzlichen Abstandsregelungen gibt, entscheiden sie aber im Einzelfall aus eigenem Ermessen darüber.

Ungeachtet dieser Streitfälle ist das Wahlergebnis inzwischen vom Wahlausschuss der Stadt bestätigt worden. Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt erlangt es „vorläufige“ Gültigkeit. Vier Wochen lang können Bürger von da an etwaige Einwände bei der Stadt zu Protokoll geben. Sie werden danach vom Wahlprüfungsausschuss des neuen Stadtrates bearbeitet.